Phantasie gehört, müßte auch jeder Proletarier begriffen haben. Nur durch den Zusammenschluß in den Betrieben zu einer einzigen Klassenkampforganisation kann das Proletariat sich heute seiner Haut wehren. Erst, wenn es sich Organisationen schafft, in denen die berufsmäßigen Führer beseitigt sind und die Proletarier ihre Geschicke in eigener Hand machen, wenn sie sich gegenseitig helfen, und den Kampf auf breiter Basis aufnehmen können. Schließt sich das Proletariat nicht in Betriebsorganisationen unkommunistisch zusammen zum Sturze des Kapitals, wird es solange niedergeschlagen werden, bis es dieses begriffen hat.

Aus der Union

Bericht von der Reichskonferenz

Das Referat „Die politische Lage" ist in der heutigen Nummer abgeschlossen. Das zweite Referat „Die Aufgaben der Union" ist in dem gleichlautenden Artikel nur finngemäß angedeutet. Wir verweisen hierbei auf die Artikel in Nr. 26, 27, 28 und folgende Nummern der „KAZ.", die sich mit der Reichskonferenz und den Aufgaben der Union beschäftigen.

Diskussion über die Aufgaben der Union

Süd-West. Die Verhältnisse im Wirtschaftsgebiet sind andere als im unbesetzten Gebiet. Zum Teil auch andere als im besetzten Industriegebiet Rheinland-Westfalen. Die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges machen sich nicht nur in der äußeren Erscheinungswelt bemerkbar, sie beginnen auch schon das Bewußtsein der Massen zu beeinflussen. Die Industrie arbeitet nennenswert produktiv überhaupt nicht mehr. Es werden fast nur noch Aufräumungsarbeiten gemacht. Die Proletarier beginnen sich zu rühren. Die Schwindelparolen der KPD. finden keinen richtigen Nährboden mehr. Bewußt kommunistisches Wollen und Handeln ist allerdings gering. Die gefühlsmäßige Regung aber ist wahrnehmbar. Von 35 000 Arbeitern haben nur 3000 für gelbliche Betriebsräte gestimmt. Auch bei den Besatzungstruppen und den französischen Eisenbahnern beginnt die Zersetzung.

Es sei falsch, daß Unionsgenossen den Arbeitslosen reformistische Forderungen propagiert haben. Diese Forderung — Einreihung in den Produktionsprozeß, vollen Lohn usw. — war von der KPD. als Fangmittel propagiert, um ihren Bremsmethoden einen Boden zu verschaffen. Unionsgenossen sagten den Arbeitslosen klipp und klar, daß diese Illusionen und Bauernfängermethoden sind, die weder das Kapital erfüllen kann, noch die KPD. zu erfüllen resp. zu verwirklichen die Absicht habe. Die Unionsgenossen, die sich in den Ausschuß der Arbeitslosen wählen ließen, haben den Arbeitslosen dies sofort bewiesen. Von 24 Rundschreiben an Betriebsräte — z. T. der KPD. angehörig — wurden nur 2 beantwortet, und diese in ablehnendem Sinne! Kapital, Behörden und Gewerkschaften regieren selbstverständlich überhaupt nicht. In der Platz ist der Boden für unsere Propaganda günstiger. Wir müssen alle Mittel wahrnehmen und versuchen, unsere Ideen in die Massen zu tragen, um aufklärend zu wirken. Z. T. wird von den Delegierten aus Südwest die Meinung vertreten, daß man dort zur Schaffung von Aktionsausschüssen schreiten müsse, sobald diese aus den Massen heraus verlangt würden. Die Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat werde bald eingestellt werden müssen, die Arbeitslosigkeit aber nimmt immer größere Dimensionen an und es wird zu größeren Bewegungen kommen. Sollen diese nicht durch die Revolutionsgeschäftsmacher für die Konterrevolution dienstbar gemacht und dem Proletariat neue Schlappen beigebracht werden, müssen wir aus uns herausgehen und Mittel schaffen, den Proletariern den Weg zu weisen.

Rheinland-Westfalen jetzt bezüglich Wahl von Aktionsausschüssen auf dem Standpunkt von Südwest. Die Aktionsausschüsse sollen die sich in Bewegung legenden Massen erfassen und auf die Revolution ausrichten. Die im Referat wie auch schon vorher in der „KAZ." vertretene Meinung sei zu klare und allzu Positivist. Sie könne die Bewegung hemmen. Um die Stagnation zu überwinden, müssen wir aktiv werden, und, das Mittel, auf die Massen zu wirken, sollen die Aktionsausschüsse werden. Es solle etwas in unserer Organisation, das geändert werden müsse. Wo sich unsere Propaganda vermirklichen lasse, muß zur Wahl von Aktionsausschüssen geschritten werden.

An der Debatte über die politische Lage wurde von einem Delegierten aus Rheinland-Westfalen die Meinung vertreten, daß das Ruhrabenteuer bis zum Weißbluten gehen werde und revolutionäre Erhebungen die unbedingten Folgen und in naher Zukunft zu erwarten seien. Diese kommende Bewegung müsse schon Aktionsausschüsse vorfinden, um sich um sie zu scharen. Es machen sich schon Symptome bemerkbar, die revolutionäres Bewußtsein andeuten. In der Diskussion über die Aufgaben der Union resp. über die Aktionsausschüsse berichtet aber ein anderer Delegierter Rheinland, daß das Proletariat dort Anfangs Juli ist. Es reagiert weder auf die Anordnungen des französischen Militarismus noch auf die Provokationen des deutschen Faszismus. Die Hitze der Massen sind durch die jahrzehntelange Sozialdemokratie und Gewerkschaftspolitik verpfeift. Japanisch folgen sie den Befehlen der Bonzen und lassen sich als Werkzeuge ihrer Peiniger und Ausbeuter mißbrauchen. Die Proletarier selbst schaffen die durch ihren Schweiß zutage geförderten Kohlen wieder in die Gruben zurück, 1000 Meter unter der Erde. Sogar Koks wird wieder in die Gruben gefahren und in den Stollen verstaut: „Nur Arbeit kann uns retten" kehren werden durch Verschlimmerung unbrauchbar gemacht, daß sie der Arbeitsmarkt nicht bekommen und Koks wird mit Schlackenstein vermengt, um ihm seinen Zwecke zu entziehen. „Sie sollen ihn nicht haben, den schönen deutschen Koks"! Man kehrt die Proletarier wie man Kessel durch Ueberdruck zur Explosion bringt und Koger durch Sand und Kies unbrauchbar macht. Auch Gewerkschaften und Kapital sind für Streik und Sabotage, wenn es um den Profit geht. Kaum ist es dem „Erbfeind" gelungen seine Eisenbahn im Betrieb zu setzen, so bringen sie deutsche Proletarier im Schnitte ihres Angelegs und unter Lebensgefahr wieder zum Stillstand, wenn es die „Herren" gebieten, und lassen jedoch täglich bis 7 und 8 Stunden zu Fuß. „Die Maße ist heute noch willige Plattform der herrschenden Klasse." Trotz alles Einhämmerungsunterrichts trotzen sie geist- und leblos im alten Gleise.

Berlin-Brandenburg. Die Berichte der Delegierten aus Südwest und Rheinland-Westfalen haben wohl deutlich bewiesen, daß der Referent den dortigen Einfluß die unsere ist — die Situation richtig eingeschätzt hat. Südwest gibt zu, daß man dort aus dem lokalen Gesichtskreis geurteilt hat. Südwest wie Rheinland-Westfalen waren nicht zu bewegen, in die Redaktionssitzung einzutreten, um irgend einen Standpunkt als Diskussionsergebnis zu fixieren, oder irgend welche Vorschläge zu machen. Man will sich überhaupt nicht festlegen. Hauptsächlich der Genosse aus Rheinland-Westfalen, der uns in blumenreicher orientalischer Sprache das Werden der rheinisch-westfälischen Revolution so anmutig schilderte, verkennt die Aufgaben der Aktionsausschüsse. Gewiß fehlt der Organisation etwas. Dies kann aber nicht durch Aktionsausschüsse erfüllt werden. Aktionsausschüsse können nicht die Organisation beleben, ebensowenig als man die Revolution organisieren kann. Umgekehrt wird einst ein Schuß daraus werden. Die Aufgaben, die der Genosse den Aktionsausschüssen zuweisen möchte, sind die Aufgaben der Union. Wir müssen das „Leben in die Bude bringen". Die Unionsgenossen im Betriebe und auch den Aktionsausschüssen müssen das Proletariat beleben und in ihm den Willen zur Revolution auslösen. Das Eintreten der Situation für ihre Herren beweist uns, daß Elend und Bedrückung nicht allein genügen, die Erkenntnis zu vertiefen.

Ueber die Aufgaben der Aktionsausschüsse sind sich die Delegierten „aus Berlin und Umgegend", aus Thüringen, Sachsen, Niedersachsen, Wasserkante und z. T. auch Südwest und Rheinland-Westfalen einig. Ueber den Zeitpunkt der Wahl waren teilweise verschiedene Meinungen vertreten, weil man die politische Lage resp. die künftigen Auswirkungen des Ruhrabenteuers auf die geistige Einstellung des Proletariats verschieden einschätzt. Die Selbstbewußtseinsentwicklung fördern wir am besten, wenn wir alle Illusionen im Proletariat zerstören und ihm den Glauben nehmen, daß irgendwas vorhanden sei oder möglich wäre, das ihm die Arbeit seiner Befreiung abnehmen könnte. Wäre die Revolution eine Frage guter Führung, wäre sie schon vorüber. Rußland, Ungarn, Bayern hatten gute Führer, die Revolutionen wurden niedergeschlagen. Bessere Führer als das deutsche Proletariat hatte, wird es nie bekommen. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches, Leoine und hundert andere wurden erschlagen. Von Proletariern selbst. In den Zuchthäusern martert man noch heute eine ganze Reihe, weil sie an Geist und revolutionärer Energie, also an Führereigenschaften, über die Masse ragen und der Bourgeoisie aus diesem Grunde gefährlich sind.

Nicht die Aktionsausschüsse können die Masse revolutionieren, sondern umgekehrt müssen diese das Produkt und die Waffe revolutionärer Massen sein und aus ihnen geboren werden. Die nahe Zukunft wird den Befürwortern der sofortigen Wahl beweisen, daß die ablehnende Haltung, die richtige ist. Es gilt in der Union selbst zu arbeiten, daß sie die Massen belebt und geistig erfaßt. Alle Mann an die Arbeit, jeder auf seinem Posten. Dann werden wir den revolutionären Sturm sicher nicht verpassen.

Werte Genossen!

Der NAM. der AAU. hat zur verflossenen Reichskonferenz Stellung genommen. Die unten veröffentlichten Thesen legte der NAM. der Reichskonferenz zur politischen Lage und zu den Aufgaben der Union vor. Die Delegierten des Reiches lehnten dieselben ab. Wir stellen hiermit dieselben den Mitgliedern im Reich zur Diskussion.

Thesen zur politischen Lage und Aufgaben der Union

Der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft nimmt mit rasenden Schritten seinen Fortgang. Jeder Versuch die Ordnung wieder herzustellen endet mit einer größeren Unordnung. Die zerstörenden Tendenzen vertiefen die Gegensätze und Widersprüche in der Gesellschaft.

Die internationale Bourgeoisie macht die verzweifeltsten Anstrengungen ihre Lebensdauer auf Kosten des Proletariats zu verlängern. Dabei treten die Reste noch vorhandener nationaler Gegensätze stärker in Erscheinung, die nicht den tragfähigen Boden einer proletarischen Politik bilden können. Diese muß immer davon ausgehen, daß sich das internationale Kapital in seiner Todeskrise befindet und nur die Weltrevolution das Chaos überwinden kann.

Die Betrachtung der politischen Lage bestätigt erneut die Richtigkeit des Programms und Taktik der Union. Nach wie vor bleibt die Schaffung der subjektiven Voraussetzungen der Revolution, das ist die Entwicklung des Selbstbewußtseins der Proletarier, ihre wichtigste Aufgabe. Dieser Prozeß der Selbstbewußtseinsentwicklung erleidet in der jetzigen Situation durch den Versuch des französischen Imperialismus seinen Untergang aufzuhalten, durch stärkere Betonung der nationalen Profitinteressen und Aufsaugung des deutschen Kapitals, eine Ablenkung. Die Entwicklung droht entweder in einem fatalistischen Sichergeben oder in eine taktisch falsche Aktivität auszumünden, die durch die täglich sich erneuernden Parolenpolitik der KPD. noch gefördert wird. **Gegenüber diesen Gefahren muß die Union alles daran setzen, die klare Schärfe ihres Programms zu wahren.** Das um so mehr, als ihre Forderung „Schaffung von Aktionsausschüssen" benützt wird, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu trretieren und die Aktionsausschüsse in Mißkredit zu bringen. Die Aktionsausschüsse können da, wo nicht die Voraussetzungen zu ihrer Existenz vorhanden sind, allein durch ihre Existenz keine lebige Bewegung machen. — Aktionsausschüsse sind berechtigt und werden erst zum wirkenden Faktor, wenn sie sich im Verlauf einer revolutionär ansteigenden Welle bilden. Aktionsausschüsse, die nicht auf dieser Grundlage geschaffen werden, enden notwendig in dem Sumpf des Opportunismus.

Die Auflösung der Profitwirtschaft hat auch die Auflösung des alten Staatsapparates im Gefolge. Als Werkzeug zur Niederhaltung der Ausgebeuteten tritt der Bourgeoisie neben den Gewerkschaften Technische Nothilfe, Selbstschutzverbände usw.

Die faszistischen Organisationen, die in erster Linie unter dem Einfluß monarchistischer Kreise, einer bankrotten Militärkamarilla und der freien national orientierten Teil des Kapitals stehen, benutzen den Boykott des französischen Imperialismus ins Ruhrgebiet, um ihre alte Herrschaft durch einen Bürgerkrieg wieder voll aufzurichten.

Eine Abwehr der Konterrevolution durch die Arbeiterklasse ist notwendig. Doch die von der KPD. gemachten Hundertschaften sind keine Mittel dagegen. Sie sind eine unnütze Soldatenspielerei, die auf den Schutz der bürgerlichen Republik hinausläuft und darum von dieser stillschweigend geduldet werden. Die Arbeiterklasse muß, um siegen zu können, mit bewaffneter Hand der Bourgeoisie gegenübertreten. Aber die Bewaffnung wird nur im Kampf um im direkten Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie sich vollziehen.

Die demokratische Republik, als der reinste Ausdruck der Herrschaft des Industriekapitals, steht den Faszisten und ihren Hintermännern mit gemischten Gefühlen gegenüber. Noch nach als die Nationalisten die Macht innerhalb Preußens von seinem Zerfall sind, fürchtet das Kapital die bewaffneten Proletarier.

Die intensive Propaganda der KPD. für die Hundertschaften ist nichts anderes als die parteipolitische Ausnutzung einer durch den Nationalismus erzeugten Erregung im Proletariat.

Der verschärfte Charakter der Kapitalskrise bedeutet in seiner Auswirkung eine unerhört gesteigerte Bedrückung der Ausgebeuteten, die leicht zu einer taktisch falschen Aktivität führt. Diese Gefahren, soweit sich ihre Tendenzen in der Union zeigen, gilt es zeitig den Boden zu entziehen, durch Ueberwindung der lokalisierten, losgelösten Betrachtung der politisch-wirtschaftlichen Zustände und Schaffung und Förderung der Partei als den entschiedensten Teil der Masse.

Es ist die Aufgabe der Union, Schwerer und Führerin des Proletariats in der Revolution zu sein. Den Kampf für die Diktatur der Arbeiterklasse zu führen, und da die Grundlage eines neuen gesellschaftlichen Aufbaues zu bilden.

Um diese Aufgaben voll und ganz auszführen zu können, muß sie organisatorisch so stark sein, daß in ihr verbundenen Kräfte nicht von den Organisationen der Gegenrevolution aufgerieben werden, sondern selbst organisatorisch und propagandistisch nach außen wirken können. Es ist darum ihre Pflicht, für die, durch die Verhältnisse aufgeschreckten Arbeiter, die nach neuen Ufern drängen, der organisatorische Rahmen zu bilden, ohne dabei in den Fehler der üblichen Massenorganisation zu verfallen.

Nur so wird die Union ihrer geschichtlichen Aufgabe, Organ der Revolution zu sein, gerecht.

? ? ? ?

Die „Rote Fahne" ist täglich bis zur Hälfte gefüllt mit „Entlarvungen", „Demaskierungen", (nicht der eigenen) Infiziertes Wortlehen, „Anprangerung von „Wortführern". Die andere Hälfte ist dann angefüllt mit Parolen und Rezepten, die, bei richtiger Befolgung, dem Proletariat das Himmelreich auf Erden, mindestens ein Arbeiten, ein richtiges Schlaraffenland ermöglichen könnten. Es ist den Tagen vom 30. März bis zum 2. April aber hatte die KPD. eine wunderbare Gelegenheit zur Entfüllung von „Wortführern". An der Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union nahm ein Vertreter der „Roten Fahne" mit einer großen Schaar gespitzter Bleistifte teil, der von morgens bis abends eifrig stenographierte. Aber bis zum 2. Tage ihres Verbots, d. April hat die Eigenschaft von unserer Konferenz nicht ein Stenogramm vorliegen berichtet. Hier wäre doch eine wunderbare Gelegenheit, durch Veröffentlichung eines Abdrucks aus einem Referat oder aus der Diskussion den Proletariern zu zeigen, was wir für scheußliche Menschen und „Wortkröte" sind. Fürchtet man sich, daß die Proletarier erfahren würden, daß die NAU. das Proletariat als Masse zusammenschmelzen will, um den Kapitalismus zu stürzen? Sind die Fundamente der Futtertrippen schon so vom „Zahn der Zeit" angenagt, daß sie durch die Wahrheit Schaden erlitten?

Mitteilungen

Die Beschlüsse der Reichskonferenz

betreffend den Pflichtbeitrag für den NAU. und die BAUK. gelten ab 1. Mai. — Die 100-Mark-Umlage zur Deckung des Defizits des Agitationsfonds ist sofort einzuziehen und abzurechnen.

Folgende Gelder sind eingegangen: Groß-Berlin 120 000; **Für Zeitung:** Tambach-Dietharz 1600; Holtenau 8000; Braunschweig 30 400; Ammendorf 800; Jena 1000; Sonneberg 4500; Hohenhausen 3000; Kiedrich (Rheingau) 2400 Mark.

Der NAU. erhebt für Monat April eine Umlage von 100 Mark (Beschluß der Reichskonferenz.) Sofortige Einsendung ist Pflicht.

Reichsarbeitsausschuß.

Groß-Berlin

Für die 16. und 17. Woche werden je 1000 Mark Beitrag erhoben. Hierin ist die Umlage für den NAU. von 100 Mark enthalten. Die weiteren 500 Mark sind eine Umlage für Groß-Berlin Begründung durch die Obleute.

Die Mitglieder werden ersucht, sich die beiden Rundschreiben durch die Obleute vorlesen zu lassen. **Der Arbeitsausschuß.**

Versammlungskalender Groß-Berlin

15. bis 21. April Partei-Woche (Mitgliederverf. d. U.-Bzl.) — 22. bis 28. April BO.-Woche (Mitgliederverf. d. U.-Bzl.) — 29. April bis 5. Mai Partei-Woche (Funkt. u. Gruppen) — 6. bis 12. Mai BO.-Woche (Funkt. u. Gruppen — 13. bis 19. Mai Partei-Woche (Mitgliederverf. d. U.-Bzl.) —20. bis 26. Mai BO.-Woche (Mitgliederverf. d. U.-Bzl.) — 27. Mai bis 2. Juni Partei-Woche (Funkt. u. Gruppen) — 3. bis 9. Juni BO.-Woche (Funkt. u. Gruppen) — 10. bis 16. Juni Partei-Woche (Mitgliederverf. d. U.-Bzl.) — 17. bis 22. Juni BO.-Woche (Mitgliederverf. d. U.-Bzl.) — 24. bis 30. Juni zur freien Verfügung.

Vortrag

Die Lebensentwicklung in ihrer Beziehung zu Religion und Klassenkampf, veranstaltet vom 1. Unterbezirk Groß-Berlin der AAU. und KPD., Gips- Ecke Auguststraße, Lokal Weinholz, am Donnerstag, den 19. April, abends 7 Uhr. Genossen aus anderen Bezirken und Gäste willkommen. Erscheinen der Mitglieder des 1. Unterbezirks ist Pflicht. 1. Unterbezirk.

Ausschluß

Genosse Wedekind (Schubert) ist wegen Verstoß gegen das Programm der AAU. aus dieser ausgeschlossen worden. (Weitere zu der parteiverneinenden „Erwachenden Jugend", um als revolutionäre Zelle zu wirken.) 1. Unterbezirk.

Charlottenburg. Der Ausschluß des Genossen Jantus ist rückgängig gemacht worden. **15. Unterbezirk.**

Das Mitgliedsbuch der AAU. lautend auf den Namen Friedrich ist eingetreten **1919, ist verloren gegangen.** Bei Auftauchen, anzuhalten und abzunehmen. **15. Unterbezirk.**

Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, den 22. April findet eine

Bezirkskonferenz

statt. Jede Ortsgruppe muß unbedingt durch einen Delegierten vertreten sein.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz. 2. Organisatorisches. Treffpunkt: Lokal Stotte, Berlin-Neukölln, Karl-Saale- und Zeitzer Straße, Am Ringbahnhof Neukölln, morgens 10 Uhr.

Für politische Gefangene

127 880 Mark von der „Freien Spielergruppe Charlottenburg (M. d. N. Th. B.) erhalten.

Von der Klasse Fi 61 der 5. Pflichtfortbildungsschule 351 Mark für politische Gefangene erhalten durch die KJD.

Von der Genossin Stud 13. Bez. 10 000 Mark als Abgabe für erhaltene Unterstützung erhalten bei Genossin

Auf Sammellisten gingen ein:

Nr. 4076, Gen. Weiß, 1000; 4762, Hoffmann (1. U.-Bzl. Eberswalde, 5120; 4415, (7. Bzl.) KAU. 2690; 4542, Eisenbahnwerkstatt 1 (Mahlfe), 7200; 4705, Wall, Retter u. Jakobi, 20 700; 4646, Siemens, Lichtenberg, 7100; 4642, Bertrich, Edeck, 3000; 4660, Bahnwerkstatt Schöf. Bahnhof, 5063; 4657, Rudolf Berger 1000; 4654, Berl. Viktoria-Mühle, 4000; 4182, Lorenz (Tempelhof) 9203; 4197, Jenich, Uhlbg., 10 600; 4775, Genossin Koschorrek 3000; 4629, (7. Bzl.) Gen. Kunz 500; 4768, Fr. Meier, 2000; 4767, Fertig Guß, 3600; 4765, Fa. Cebera, 6650; 4310, Hermann u. Co., 12 400; 5411, Konf.-Gen., 2600; 3412, Konf.-Gen., 2000; 4544, U.-Bahn Neukölln, 10 940; 4412, Gärtz, Friedenau, 2000; 4766, Eisel u. Co., 4500, 4763, Gen aus Hirschberg, 1900; 4768, Schwartzkopff, Wildau, 3600; 4707, Kuhlbaum, Adlershof, 5000; 4345, Krankenkasse Stadt Berlin, 1900; 4318, Gen. Alex, (16. Bzl. SD.) 5235; 4231, (6. Bzl.) SD., 1400; 4663, Seifs u. Franke, 4000; 4662, Seifs u. Franke, 4000; 4661, Gen. Wiesner, (7. Bzl.) 6500; 4220, Siemens, Schuckwerk, 13 650; 4225, (6. Bzl.) SD. 19 400; 4199, Baw Kuhle, Schlackenwerke, 3470; 3414, Gen. Kuhn 5655; 4797, Gen. Amts, Dresd. Bank, 6000; 4545, Eisenbahnwerkstatt 1, (Ostbahn) 4047; 4544, Fa. Kuhn, 1500; 4788, Gen. Niederschönweide, 11 150; 4263, Fa. Dinie, 6900; 3261, (Mitgliederzeitung, 14 950; 4627, Betrieb Hafit, 29 400 Mark.

Sonstiges

81, Verkaufsstelle, Kon-Gen., 1375; Dier, Lichtenberg, 6000; 15. Bzl., BO., 7000; Ruhrhilfe, König, Neukölln, 12 500; 4262, Chpenick, 18 200; 2211, Pflichtbeiträge, 54 725; F. B., 13. Bzl. 5000; 31. Verkaufsstelle, Konf.-Gen., 4440; 2211, Pflichtbeiträge 50 000; 31. Verkaufsstelle, Konf.-Gen., 1000; Hans Wünsch, Schöneberg, 25 000; 3. Bzl., 100 Sammelmarken, 2000; Gen. Zehl 2000; Gen. Paul Gerike 500; Artur Helmner, Potsdam, 10 000; Pflichtbeiträge, AAU., 40 000; Gen. Siebert bei Fa. Schmidt, 500; Gen. Fischer u. Hentschel 2000; Tellerverlamung, Riedhofstraße 4118; Genossin Stud 10 000; Gen. Wilde 1000; Pflichtbeiträge AAU., 161 725; Sammelmarken 1147 Stück, 22 340 Mark.

Aus dem Reiche

Hilden bei Düsseldorf 755, Ludwigshafen 36 900; Friedrichroth 1100; Braunschweig 30 000; Ludwigshafen 5565 Mark.

Vercin. rc. **Unterstützungsfonds.**

Mitteldeutschland

Der Bezirksausschuß beruft eine **Wirtschaftskonferenz** für 6. Mai 1923 nach Halle (Saale) mit folgender provisorischer Tagesordnung ein: 1 Politische Lage. — 2. Bericht von der Reichskonferenz. — 3. Tätigkeitsbericht des Ausschusses. — 4. Berichte von den Ortsgruppen und Stellungnahme zu den Anträgen. — 5. Wahlen. 6. Verschiedenes.

Es ist notwendig, daß alle Ortsgruppen im Unterbezirk Thüringen im Unterbezirk Sachsen und Sachsen-Anhalt aufgefordert, zu Tagesordnung Stellung zu nehmen. Die Delegierten müssen am Montag den 30. April an Genossen Balthofer Halle (Saale) Pierre Bereinsstraße 8, zwecks Quartierbeschaffung einsenden. Weitere andere schriftlich.

Abrechnung der BAUK. Mitteldeutschland

vom 26. Februar bis 1. April

Einnahmen: AAU. Halle a. S.: 700; 1800; 3000; 3000; 5500; 6000; 7800; 2400; 1000; zusammen 37 800 Mark.

KAPD. Halle a. S.: 4300; 3100; 600; 900; zusammen 8900 Mark.

KAU. Chemnitz: 7275; 300; 600; 1800 Mark.

KAU. Gera: Gen. Müller 1000 Mark.

AAU. Radebeul: 1200; 1050; zusammen 2250 Mark.

AAU. Zittau: 1500 Mark.

AAU. Zelle-Mehlis: 1500 Mark.

Verstand von Februar 8897 Mk. — Einnahmen zus.: 49 450 Mark. — Summa 71 822 Mark. — Ausgaben für Inhaftierte 59 400 Mark. — Bleibt Kassenbestand 12 442 Mark.

Verantwortl. Redakteur: B. Grangow, Charlottenburg.
Verlag der Allg. Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber Gustav Schubert.
Druck: Karl Bergmann
Berlin C 2, Brunnenstraße 160

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 4. Nr. 16. Erscheint wöchentlich Preis 200,— Mark

Krieg oder Frieden?

Der kapitalistische „Wiederaufbau" ist nun bis zu dem Grade gediehen, daß die europäische Industrie fast zum Erliegen gebracht ist. Die Notenpresse rast in russischem Tempo um die Sabotage zu finanzieren und wetteifert mit den Selbstmorden aus Hunger und Verzweiflung. Das Gold der Reichsbank ist nach dem Auslande verschoben, um dem Kapital Devisen zu verschaffen, damit es an der Mark keine Verluste erleidet. Die Mark ist durch Entwertung der letzten Goldbedeckung vollständig entwertet. Das Schwerkapital des besetzten Gebietes hat die Reichsbank ausgeplündert und die demokratische Republik bis aufs Mark ausgepumpt. Trotz nationalem Einheitsrummel, trotz Einheitsfront vom Papst bis Lied, von Graf Brockdorff-Rantzau bis Lenin und Edo Fimmen hat das deutsche Kapital in dem Prozeßkrieg unterlegen; es muß sich mit den Gewerkschaften in die Sklavenhalterrolle über das deutsche Proletariat teilen. Die Geschichte schreitet ihren ehernen Gang und läßt sich weder vom Faszismus noch von der Revolutionsparlamentarie hemmen. Der Pleitegeier hat seine Krallen in die verwesende bürgerliche „Ordnung" geschlagen und der Pest-hauch der verfaulenden „Kultur" droht alles zu ersticken.

Das deutsche Kapital einigt sich jetzt mit dem französischen, die Ausbeutung des Proletariats durch internationale Konzerne und internationalem Maßstabe zu betreiben. Nur noch um den Brocken zu narren wird gestikuliert. Um dem Proletariat zu zeigen, daß es nicht umsonst das „Vaterland" verteidigt hat, bleiben die Demokratisch-gelben Grenzpfähle noch für einige Zeit stehen. Jetzt ist es die Kriegskosten aus dem deutschen Proletariat herauszutreiben. Es gilt die durch die Sabotage zerstörten Produktionsmittel soweit instand zu setzen, daß die Proletarier ihren Herren und Eisenbahnern ein zerreißen sichern. Proletarier gibt es genug, die aus Hunger und Not auf den Schindanger wandern müssen. Die bankerotte demokratische Republik hat ihre Schuldscheine bezahlen, als Instrument der Stinnes und Thyssen, die Proletarier in Form Abergläuben an die Demokratie zu täuschen und die Bourgeoisie zu halten. Die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges müssen aber in kurzer Zeit das Proletariat Deutschlands erwachen lassen. Es muß seinen Oden offen setzen zugelegenen Betrug merken, wenn der Verbündete seiner Gewerkschaften die Kohle zuschnürt. Das Kapital wird zur Beschwichtigung des Proletariates seine Lakaien als Verwalter der demokratischen Republik einsetzen müssen.

Die einzelnen Großkapitalisten und ihre Schieber und Hehler haben sich durch diese sumpfe Republik gesundgestoßen und sie ihrer Existenz als der Ursachen ernennen, der „Revolution" ihrer Sünden. Keinen Antisemitismus, keinen Judenpogrom wird es ins so verblüffend kurzer Zeit gelungen, das Proletariat zu verwirren und niederzuschlagen, wie es die Gewerkschaften durch ihre Verrat, Verschleppung und Verschleierung vollbrachten. Schon bieten die Gewerkschaften bei den Verhandlungen des Kohlenkartelles in deutscher Kohle und französischen Erzen an und machen Repaßvorschläge und Berechnungen, wieviel sie das von dem deutschen Proletariat Ausgebeutete herausgeben. Während die Presse dieser Gewerkschaften Seelenverkäufer die Proletarier mit „Entlarvungen" ausstachelten, die niedrigsten nationalistischen Instinkte wachrufen und im Korrespondenzblatt des ADGB. Aufrufe „An die Arbeiter der Welt" gegen „den nötterrechtswidrigen Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet mitten im Frieden" hetzen, sahen sie selbst zusammen mit dem deutschen und dem französischen Kapital in Paris und verschacherten die Haut des deutschen Proletariates. Einer der dabei war, der französische Gewerkschaftsführer Vincent Auriol schreibt in einem Leitartikel des Populaire", des Zentralorgans der französischen Sozialdemokratie, am 11. April:

„Ich behaupte auf Grund von Nachrichten aus guter Quelle, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung nicht nur zwischen den Völkern, sondern auch zwischen den Regierungen möglich ist. Ich füge hinzu, daß dieser allgemeine Plan vor einigen Tagen von unseren sozialistischen Konferenzen in Paris und in Berlin der gegenwärtigen Lage angepaßt worden ist, daß darin die Leitlinien präzisiert und sogar Einzelheiten der praktischen Durchführung festgesetzt worden sind, nämlich: Betrag der Schuld, Bedingungen der Emission der Anleihen, genaue Garantien der Anleihen, ernste Sicherheitsgarantien ..."

Diese „Garantien" und „Sicherheitsgarantien" bestehen natürlich darin, daß das Kapital einer Reihe dieser „Arbeiterführer" Ministerposten anvertraut, damit sie ihre Regierungskunst von 1914–1921 wieder in Anwendung bringen. Hundertmillionen zu erlangen, das Proletariat vor ihren Verrat an ihren Klassengenossen zu sichern, die als Zuhälter für ihren Staat und beim Kapital spekulieren, um über Proletarierleichen, um die nationalistische Wertverschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Daß die Sozialdemokratie ihrer Partei gewaschen sein wird, versichert der „Vorwärts" im Leitartikel seiner Nr. 172 vom deutschen Kapital so:

„Unser Ziel liegt offen und klar vor uns. **Wir erstreben eine Stärkung und Schärfung der gesetzlichen Instrumente des Staates, der Polizei und Wehrmacht.** ... Grundsätzlich muß sein Ziel sein: Keine Waffenverstärk., kein Soldatenspielen! Dagegen **Erziehung zu Unterordnung und Disziplin, zu Schneid und Verschwiegenheit! Beleben wir die Arbeiter-Sportbewegung. Es könne des Republikschutzes,** gliedern wir unsere Jugendorganisationen in technische, waffenlose Turnerschaften der Partei, nicht um den Endzieel, durch „rote Arbeiterbataillone" dem „wilden" Bürgerkrieg Nahrung zu geben, sondern sie bereit zu halten, für **Ordnung und Unterstützung republikanischer Polizeiverbände."**

Wenn heute Proletarier durch Hunger und Demokratie auf Straße getrieben werden, werden sie nicht nur ein „Regiment Zeitung", sondern ein ganzes Armeekorps gegen sich haben; vorausgesetzt, daß sie nicht erkennen, daß ihr eine überflüssige Führergefolgschaft mit ihnen Schindluder treiben und sie vor den Karren des deutschen Kapitalismus zu spannen. Der Aufruf beginnt mit folgenden Geschichtsfälschungen:

„Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus in Friedenszeiten erfordert neue blutige Opfer. Jetzt ist das unverzüchtbare Recht, die Frucht ihrer Arbeit zu verteidigen und aus freiem Entschluß, unbeeinflußt von der Werksleitung oder Regierung, demonstrieren unbewaffnete Arbeiter auf den Krupp-Werken in Essen gegen die Besetzung der Werke durch die Franzosen."

Man denke, mitten im „Frieden" geschah dieser „völkerrechtswidrige" Einbruch im Ruhrgebiet! Der „Frieden" zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ist gestört worden. Der „Frieden" zwischen dem schaffenden Proletariat und den Nutznießern seiner Arbeit ist gestört worden. Diesen „Frieden" hat ende Gewerkschaften zu hüten, denn sie können nur leben, wenn das Proletariat im „Frieden" mit seinen Peinigern lebt. „Völkerrecht" existiert nur in den Gehirnen von politischen Kindern oder von bewußten Betrügern, die dem Proletariat vorlügen wollen, daß in der Welt ein Völkerrecht bestimmend wäre. Wir müssen den Proletariern sagen, daß die ökonomischen Verhältnisse des kapitalistischen Systems alle Handlungen der Menschen bestimmen, und das außerliche „Recht" letzten Endes nur ein Popanz ist, um die eigentlichen Triebkräfte zu verschleiern. Dieses besitzt aber die kapitalistische Wirtschaft mit ihrem Anhang, den Gewerkschaften von der Wurzel auf ausroden. Der Schluß des Aufrufes überbietet noch den Anfang an Verlogenheit:

„Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen und aus freiem Willen handelnden Menschen — sie wird im Ruhrgebiet und im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt. Das französische Volk verfindet vor wohl als hundert Jahren die Menschen- und Bürgerrechte; die heutigen Gewaltjaber Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln! Die kostbare Errungenschaft jahrhundertlanger, sozialer Arbeiter der Welt öffnet Augen und Ohren! Die Gefahr besteht nicht für die deutschen Arbeiter allein. Sie droht auch allen, wenn die Gewalt über Recht triumphiert! Arbeiter der Welt, seid gewarnt und schützt Freiheit und Arbeit, ehe es zu spät ist!"

Das ist das Werk der „berufenen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse" wie sie die Metallarbeiter-Zeitung nennt. Nicht ein Wort von Klassenkampf, nicht die Aufgezeung der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Folgen auf das Proletariat, sondern Sand in die Augen, damit es seine Feinde nicht erkennt. Wo gab es Freiheit der Arbeit, wo die Achtung des Arbeiters als vollwertigen, wo handeln Menschen aus freien Willen? Etwa im Ruhrgebiet vor der Besetzung? Proletarier, auf, lernt denken! Waren etwa vor der Besetzung keine Militäristen da, die auch niederschlächteten, wenn ihr den Versuch machtet, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen, liegen nicht im Ruhrgebiet genügend Proletarier unter der Erde, die von der deutschen Soldateska gemordet wurden? Erkennt endlich, daß ihr nicht zu wählen habt zwischen französischer oder deutscher Unterdrückung, da

Politische Rundschau

„Die freieste Republik der Welt"

Das ist Preußen-Deutschland, wie wir uns noch sehr gut entsinnen aus den Versicherungen der „sozialistischen" „Volksbeauftragten". In dieser „freiesten Republik" ist wieder das „rote" Berlin mit seinem „reinsozialistischen" Magistrat aus SPD. und KPD.-Magistratsherren das „freieste" Gemeinwesen. Vor den Berliner Rathaus haben diese Herren viel weniger Arbeitslose und Demonstranten erschießen und erstechen lassen, als im Reich, also stimmt doch mit der gesteigerten „Freiheit".

Das deutsche Friedenskartell entwarf im Anschluß an die letzten Regierungserklärungen über den Ruhrkonflikt ein Plakat, das an den Berliner Anschlagsäulen angeklebt werden sollte. In ihm werden die Erklärungen des Außenministers von Rosenberg vom 27. März und des Reichskanzlers bei der Trauerfeier für die Essener Opfer über die deutsche Verhandlungsbereitschaft begrüßt. Wörtlich heißt es dann:

„Wir fordern aber, daß die deutsche Regierung daraus die Folgerung zieht und unverzüglich eine Note an die Gesamtheit der Alliierten richtet, worin sie von ihr selbst bezeichneten Unterhandlungsgrundlagen schriftlich niedergelegt und den Alliierten bedeutet wird, daß die deutsche Regierung bereit ist, in sofortige Aussprache darüber einzutreten."

Der Kommissar für das jüdische Anschlagwesen zu Berlin hat die Plakatierung dieser Kundgebung verboten! Er stützt sich auf das **Preßgesetz von 1851** (!), das öffentliche Anschläge nur so bestimme, u. a. auch gewerbliche Zwecke, gestattet. Auch dann, als der Vertreter des Friedenskartells sich bereit erklärte, das Plakat in ein „Angebot von Flugblättern" gleichen Wortlauts, also in eine gewerbliche Anzeige umzuwandeln, wurde das Verbot aufrechterhalten.

Demnach waren seinerzeit die Plakate: „Der Sozialismus marschiert", „Nur Arbeit kann uns retten" gewerblichen Zwecken bestimmt. Das stimmt mit unserer Auffassung überein, daß die Gewerkschaftsbossen Parlamentarier, Magistratssozialdemokraten, „Kommunisten" und „Kommissare für das jüdische Anschlagwesen" sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse ihre Aufgabe als Gewerbe, als persönliche Existenz betrachten. Das Preßgesetz von 1851, aus der Zeit der schwärzesten Reaktion, wurde gemacht, als die Revolution von 1848 vollständig niedergeschlagen, die Vorteile beseitigt waren und Pfaffen, Junker und Spitzel wieder triumphierten. Zur Ehre des damaligen Bürgertums muß gesagt werden, daß sie mit Entschiedenheit dieses Schandgesetz bekämpften. Die es heute anwenden, aber nennen sich „Sozialisten" und „Kommunisten"! Weil sie ihre Aufgabe „gewerblich" auffassen und es mit dem Kapital nicht verderben möchten.

Der Wirrwarr in der KPD. verkleistert

An Nr. 15 des „Ampfruf" haben wir schon bemiesen, daß die „Opposition" der KPD. in Wirklichkeit keine Opposition ist. Es sind nur Unterschiede in der Art des Schimpfens. Im Kapitalismus, vertreten durch eine „Arbeiterregierung" halten beide „Richtungen" fest. Die **Opposition** der Gegern des Kapitalismus, sondern nur gegen die Parteidisziplin, wie Herr Pieck kürzlich feststellte. Auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen drohte Karl Fischer, daß diese „Opposition" bald alle die „auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung liebäugeln aus der Partei hinausfliegen werde." Und Ehrenbrandler schwor wieder der „oppositionellen Richtung" in der KD., daß sie „lang- und flanglos" hinausfliegen, wenn sie nochmals gegen den parteiordnungsmäßigen Sachel löten. Während der Obergott Pieck behauptet, daß der „Vorstoß gegen die Parteidisziplin, den die Genossin Fischer unternahm, der schwerste ist, seitdem sich die Partei konsolidiert hat", ist man bisher eine Opposition in der Partei schädlich gemacht hat", ist man bisher eine Opposition in der Partei schädlich gemacht hat", ist man bisher eine Opposition in der Partei schädlich gemacht